



## Gegen TTIP auf die Straße

Die größte Demo des Jahres findet am Sonnabend in Berlin statt. Seite 2

Illustration: 123rf/zerbor

## Denk nach, warum man flieht!

Künstlerin reist mit mobilem »Raum für Gedanken« durch Brandenburg. Seite 12

## Ein Plädoyer für nüchterne Hilfe

Rafik Schami kam 1971 aus Syrien in die BRD. Im Interview mahnt der Schriftsteller zum Schutz der Flüchtlinge von heute. Seite 3



Foto: imago/VIADATA

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 5. Oktober 2015

70. Jahrgang/Nr. 231 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Zwei Maßstäbe

Gabriele Oertel erinnert an deutsche Empathie vor 25 Jahren

Es ist verrückt: In Deutschland wird laut gefeiert, leise erinnert, und immer wieder die historische Dimension bemüht. Aber zeitgleich wird genau das Gegenteil von dem praktiziert, was den Geist von vor 25 Jahren ausgemacht hat. Als zwischen Sommer 1989 und Herbst 1990 bis zu einer Million DDR-Bürger in die Bundesrepublik gingen – sauer auf die Verhältnisse daheim und angezogen vom Wohlstand im anderen Land –, herrschte in den Niederungen des westdeutschen Alltags wie in den Bonner Regierungsstuben große Begeisterung. Schnell waren die zumeist jungen Leute aus dem Osten wieder raus aus Turnhallen, Zeltlagern und Notquartieren – fanden Arbeitsplätze, Wohnungen, Akzeptanz.

Natürlich war das bei allen politischen wie ökonomischen Fehlsteuerungen auch ein Kraftakt. Selbstverständlich hat der viel mehr gekostet, als die Portokasse von Helmut Kohl hergab. Freilich herrschten auch Ängste auf beiden Seiten. Aber es gab sie tatsächlich, jene Willkommenskultur, die ein Vierteljahrhundert später zwar von vielen aus dem Volk wieder praktiziert wird – allerdings diesmal gegen den Willen der meisten ihrer sogenannten Volksvertreter, weil es sich bei den neuen Schutzsuchenden nicht um Deutsche handelt.

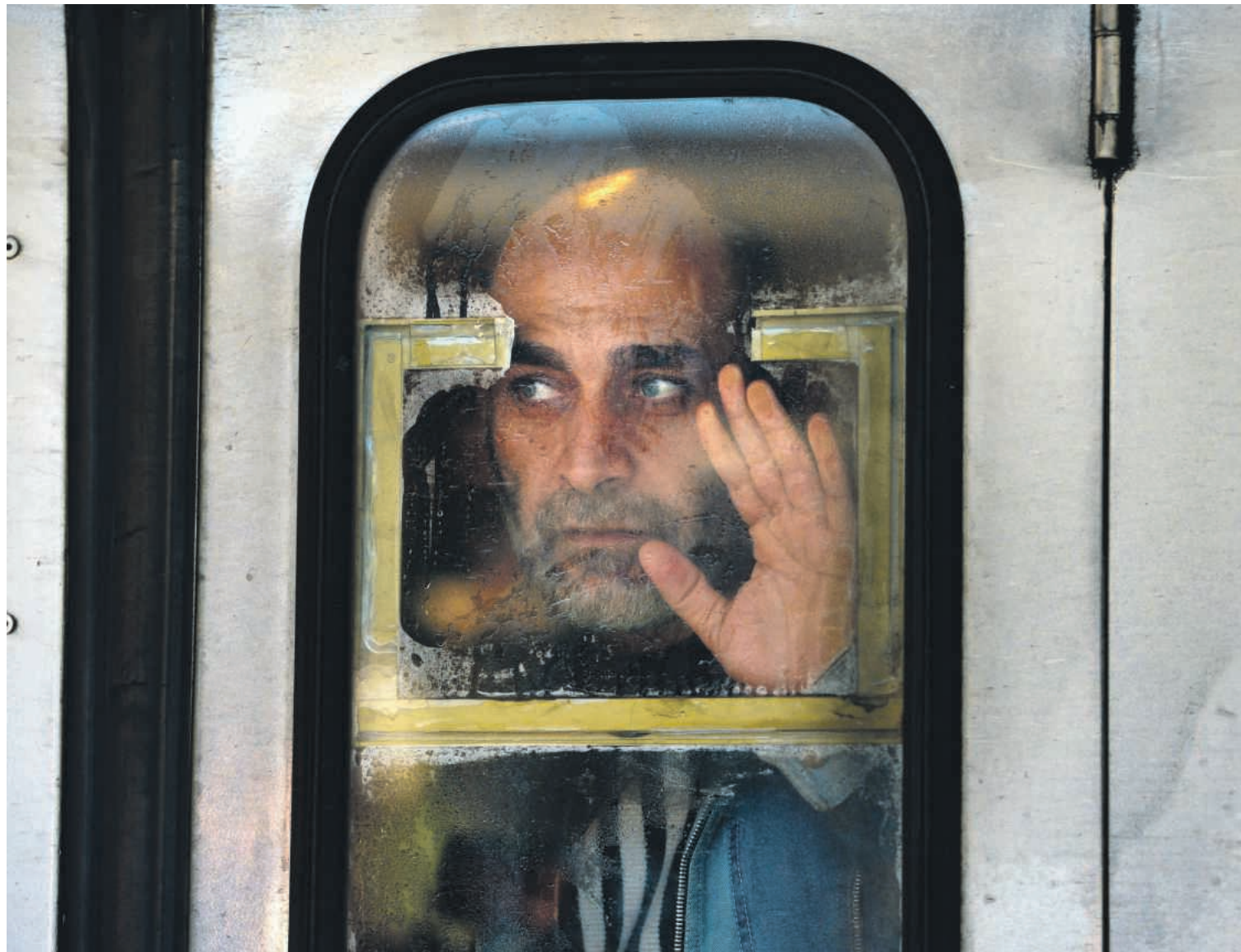
Kein Politiker hat 1989/90 laut zu fragen gewagt, ob die deutsche Einheit zu schaffen wäre. Heute aber gibt es einen Wettstreit, wer gegenüber Geflüchteten am härtesten durchgreift, »besorgte Bürger« am effektivsten ermuntert oder als erster Mauern errichtet, deren Fall dereinst als Fanal für humanes Miteinander galt.

### UNTEN LINKS

Am vergangenen Wochenende war viel Einigkeit in diesem Land. Ob Bundespräsident Gauck, Volkssolidaritätschef Friedersdorff, Sachsens CDU-Ministerpräsident Tillich, sein Thüringer LINKE-Kollege Ramelow, SPD-Vize Stegner oder Kanzlerin Merkel selbst – alle sehen sie in der Flüchtlingsfrage die größte Herausforderung für Deutschland seit der Vereinigung. Wie der Name schon sagt, wurden damals Millionen Menschen aus ihrem Land heraus gefordert, in ein anderes herein gewissermaßen. Heraus mussten viele von ihnen auch aus ihrem Haus, ihrem Betrieb, ihrem Amt, ihrem Beruf oder ihrer Datsche – mit dem herein in etwas anderes hat es dann meistens nicht so ohne Weiteres geklappt. Worüber man sich nicht allzu sehr wundern muss, denn schließlich kennt man das Wort Hereinforderung im Deutschen nicht. Und unter Herausforderung versteht halt jeder etwas anderes. Die einen meinen sich selbst damit, die anderen die Flüchtlinge. ott

# Ankunft im deutschen Alltag

Unterkünfte brennen / Politik diskutiert Aufnahmestopp / Parteibüro verwüstet



Ein Flüchtling, angekommen in Niedersachsen – einer von 420 an Bord eines Sonderzuges aus Österreich

Foto: dpa/Peter Steffen

Berlin. Die Republik feiert sich: 25 Jahre deutsche Einheit. In seiner Rede zum Jubiläum sagte Bundespräsident Joachim Gauck angesichts der anhaltend hohen Flüchtlingszahlen, nun müsse »zusammenwachsen, was bisher nicht zusammengehörte« und forderte »Keine Toleranz für Intoleranz«. Während Menschen ankommen, die Schutz vor Krieg, Armut und Verfolgung suchen, legten mutmaßlich rechtsextreme Täter in Thüringen und Nordrhein-Westfalen Feuer an mehreren Flüchtlingsunterkünften.

Politiker von Union und SPD haben die Bundesregierung unterdessen zu einem restrikti-

verenen Kurs in der Flüchtlingspolitik aufgerufen und von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verlangt, Grenzen aufzuzeigen. Aus der Union kam auch die Forderung nach einer Schließung der Grenze zu Österreich. Der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) sagte der »Passauer Neuen Presse«, sein Bundesland fordere eine »massive Begrenzung« des Zuzugs. »Ebenso werden wir über das Grundrecht auf Asyl reden.« Doch das Grundgesetz und auch den gesetzlichen Flüchtlingsschutz wolle die Kanzlerin weiterhin nicht antasten, sagte sie dem Deutschlandfunk am Sonntag. Auch Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) wies die For-

derungen zurück: »Die Grundrechte haben sich auch in den vergangenen 25 Jahren bewährt. Niemand sollte sie am Tag der deutschen Einheit in Frage stellen«, erklärte er in Berlin.

Die LINKE übte scharfe Kritik: Einziger Profiteur dieses Geredes sei die AfD, sagte Fraktionsvize Jan Korte. Angesichts zweier Brände auf Flüchtlingsunterkünften in Thüringen, eine davon bewohnt, bei denen niemand verletzt wurde, sprach Ministerpräsident Bodo Ramelow (LINKE) von einem »Anschlag auf unsere Grundwerte«. Im sächsischen Freital wurde in der Nacht zum Samstag ein Büro der LINKEN erneut Ziel eines Angriffs. jme Seiten 5 und 11

## »Kollateralschaden« in Klinik von Kundus

US-Administration erklärt ihr Beileid, räumt die Täterschaft aber nur widerstrebend ein

US-Kampfflugzeuge haben in der afghanischen Stadt Kundus ein Krankenhaus bombardiert und dabei mindestens 19 Menschen getötet. Die USA sagten »Aufklärung« zu.

Von Roland Etsel

Erneut hat die US-Luftwaffe am Sonnabend bei einem Bombardement in Afghanistan am Krieg Unbeteiligte getötet. US-Präsident Barack Obama hat zwar noch am selben Tag zugesagt, die »Umstände der Tragödie« aufzuklären zu wollen. Auch erklärte er »im Namen des amerikanischen Volkes« gegenüber dem medizinischen Personal und anderen Opfern des »tragischen Zwischenfalls« sein Beileid. Ansonsten aber wird das Bombardement vom Pentagon bisher nicht eingeräumt.

Das wird man wohl etwas schuld bewusster tun müssen als bei manch ähnlich gelagerten Fällen in der Vergangenheit, wenn

Hochzeitgesellschaften, Dorfsammlungen oder vorgebliche Terroristenverstecke ins Visier genommen wurden. Die gegenteiligen Darstellungen der Opfer ignorierte man. Diesmal war das Angriffsziel aber eine Klinik der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) mit Sitz in Genf, der man kaum Verbindungen zu den Taliban oder anderen Freischärlern anhängen kann.

Versucht hat man es trotzdem. Der Versuch, die Klinik zum »legitimen Ziel« zu erklären, weil sich in ihr Taliban aufgehalten hätten, wurde aber schnell abgebrochen.

Die erste Stellungnahme der Militärs zu dem Überfall war ein Ausbund an Arroganz. Die NATO erklärte laut AFP: »Die US-Streitkräfte führten um 2.15 Uhr in Kundus einen Luftangriff gegen feindliche Kämpfer aus.« Der Angriff »könnte zu Kollateralschäden in einem nahe gelegenen Krankenhaus geführt haben.« US-Verteidigungsminister Ashton

Carter habe dazu gesagt, die US-Streitkräfte seien »in der Nähe im Einsatz« gewesen. Er habe damit aber nicht bestätigt, dass die US-Luftwaffe angegriffen habe.

»Der Angriff könnte zu Kollateralschäden in einem nahe gelegenen Krankenhaus geführt haben.«

Ashton Carter, US-Verteidigungsminister

Die Behauptung mit den »feindlichen Kämpfern« demontierte MSF umgehend, verkündete seinen Rückzug aus Afghanistan, blieb in seiner Erklärung zur Sache aber recht milde. Das erste Statement, noch versehen mit Fotos der zerstörten Einrichtung, zog man zurück. In der folgenden Erklärung, ohne Bildbelege, ver-

mied man es, die Täter beim Namen zu nennen.

Andere waren da deutlicher. Der Vorfall sei »absolut tragisch, unentschuldig und vielleicht sogar kriminell«, zitiert AFP den UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Seid al-Husein aus Jordanien. Er forderte eine transparente Untersuchung. Sollte sich der Vorfall vor einem Gericht als vorsätzlich herausstellen, »könnte ein Luftangriff auf ein Krankenhaus ein Kriegsverbrechen darstellen«.

Über die ersten deutschen Reaktionen kann man sich nur wundern. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen strebe inzwischen eine Verlängerung des Bundeswehreininsatzes um ein Jahr an, heißt es laut »Welt am Sonntag«. Auch EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) zeigte sich gegenüber der Essener WAZ offen für eine Verlängerung des Einsatzes.

Seiten 4 und 10

## VW: Ingenieure gestehen, Mitwisser nicht

Abgasmanipulationen erreichen die Gerichte und den US-Kongress

Wolfsburg. Im Abgas-Skandal bei Volkswagen gestanden einem Zeitungsbericht zufolge mehrere Mitarbeiter Manipulationen. Die Ingenieure hätten bei Befragungen ausgesagt, 2008 die Schadsoftware installiert zu haben, berichtete »Bild am Sonntag« unter Berufung auf die interne Revision bei VW. Der Konzern kommentierte das nicht.

In Deutschland drohen VW weitere Prozesse. So hat ein Privataktionär aus Baden-Württemberg beim Landgericht Braunschweig Schadenersatz-Klage eingereicht. Die US-Umweltbehörde EPA, die den Skandal öffentlich gemacht hatte, kündigte neue Tests an. An diesem Dienstag spricht der neue VW-Chef Matthias Müller in Wolfsburg erstmals zu den Beschäftigten, tags darauf steht die nächste Krisensitzung des Aufsichtsrates auf dem Programm. Am Donnerstag muss der US-Chef von VW, Michael Horn, im US-Kongress Rede und Antwort stehen.

»Ich hoffe, dass VW jetzt schnell die notwendige Transparenz herstellt und die Dinge aufarbeitet«, sagte Angela Merkel dem Deutschlandfunk. Die vor gut zwei Wochen bekanntgewordene Affäre um manipulierte Abgas-Tests bei Dieselfahrzeugen sei »natürlich ein einschneidendes Ereignis, das nicht gut ist«, erklärte die Kanzlerin. Weltweit sind elf Millionen Fahrzeuge betroffen. Nach einem Bericht der »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« geht der VW-Aufsichtsrat von einem weit größeren Kreis an Mitwissern aus als bisher angenommen. »Die These, alles sei nur das Werk von ein paar kriminellen Entwicklern, ist nicht haltbar«, zitierte das Blatt aus dem Kontrollgremium. Der Konzern habe »systematisch Kunden und Behörden getäuscht«. dpa/nd Seite 9

## Moskauer Angriffe im Feuer der Kritik

Kanzlerin Merkel setzt auf Gespräche zur Lösung der syrischen Krise

Moskau. Trotz zum Teil heftiger Kritik weitet Russland seine Angriffe in Syrien aus: Seit Samstag hätten Kampfflugzeuge 20 Einsätze geflogen und zehn Einrichtungen des Islamischen Staates (IS) bombardiert, teilte Sonntag das russische Verteidigungsministerium mit. Es seien Einrichtungen der Terrororganisation zerstört – deren Kämpfer in Panik versetzt worden.

Nach westlichen Angaben soll es bis zu 39 zivile sowie Opfer unter Verbündeten westlicher Staaten gegeben haben. Moskau wies solche Darstellungen zurück. US-Präsident Barack Obama wirft dem Kreml vor, nicht zwischen dem IS und gemäßigten Gruppen zu unterscheiden. »Aus seiner Perspektive sind sie alle Terroristen. Und das führt ins Verderben«, sagte er am Freitag.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte am Sonntag in einem Rundfunkinterview: »Um zu einer politischen Lösung zu kommen, brauche ich sowohl die Vertreter der syrischen Opposition als auch die Vertreter der jetzt im Augenblick in Damaskus Herrschenden und andere dazu.« Sie hoffe, »dass ein solcher Prozess jetzt in Gang kommt«. Russland und die USA könnten dabei »eine wichtige Rolle spielen«, ebenso Saudi-Arabien und der Iran. »Aber auch Deutschland, Frankreich, Großbritannien – wir Europäer haben da auch unsere Verantwortung.«

Der syrische Präsident Baschar al-Assad betonte Sonntag im iranischen Fernsehen, der gemeinsame Kampf seiner Regierung mit Russland, dem Iran und dem Irak gegen den »Terrorismus« müsse »erfolgreich sein, sonst wird die ganze Region zerstört«. Frankreichs Staatspräsident François Hollande warnte ebenfalls vor einem Krieg »nicht nur auf syrischer Ebene, sondern auf Ebene der ganzen Region«. Agenturen/nd Seiten 4 und 7

ISSN 0323-3375



4 198662 501709